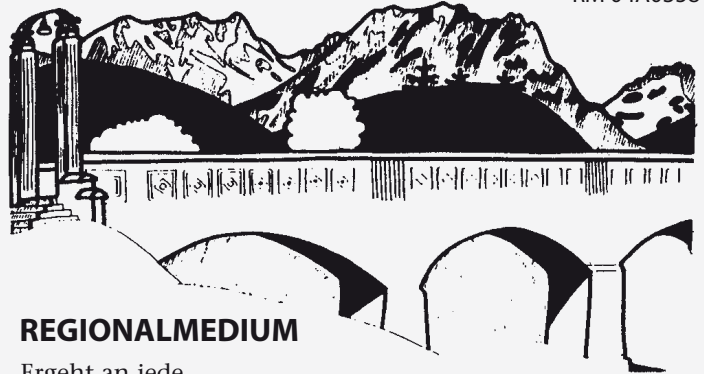


TROFAIACHER NACHRICHTEN

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 18, Dezember 2020



REGIONALMEDIUM

Erght an jede
Postabgabestelle in Trofaiach und Vordernberg

Aus dem Trofaiacher Stadtrat - Sitzung vom 3. Dezember 2020

TDE: Gemeinde bleibt auf 81.000 Euro sitzen

Vor der Gemeinderatswahl 2015 gingen die SPÖ und Bürgermeister Abl damit hausieren, wie erfolgreich ihre „Wirtschaftspolitik“ wäre. Als Beispiel nannten sie die geplante Ansiedlung des TDE-Technologie-Village in Edling. Unter „SPÖ-versprochen+gehalten“ wurde der Trofaiacher Bevölkerung folgendes versprochen:

„Mittelfristig rund 500 neue Arbeitsplätze bringt die aktive Betriebsansiedlungspolitik der SPÖ-Trofaiach!“ Nach den Wahlen wurde bekannt, daß das gesamte Bauvorhaben sich als Luftblase erwies. Da bereits 2014 für das Bauvorhaben die Baubewilligung erteilt

wurde, hat die Stadtgemeinde Vorleistungen in Höhe von 81.157 Euro für Sachverständigen- und Rechtsberatungskosten erbracht. „Nachdem sich für den Bauwerber die Situation in der Ölindustrie weltwirtschaftlich verändert habe, soll das Projekt nun auf un-

bestimmte Zeit zurückgestellt werden und die Forderung von 81.157 Euro als uneinbringliche Forderung abgeschrieben werden“ so Bürgermeister Abl in der Stadtratssitzung. Gabi Leitenbauer berichtete den Bürgermeister: „Das ist eine Pflanzerei, wenn Du sagst, das Projekt sei nun zurückgestellt worden. Jeder weiß seit Jahren, daß das Vorhaben gestorben ist! Der Steuerzahler bleibt auf 81.000 Euro sitzen!“ Warum der Betrag uneinbringlich sein soll, war für sie nicht nachvollziehbar. Die Firma TDE

existiere nach wie vor. Die KPÖ stimmte gegen den Beschluß, diese 81.000 abzuschreiben.

Lewaldstraße: Abstruse Parkplatzsituation

In der Gemeinderatssitzung im Juni machte KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer darauf aufmerksam, daß – obwohl es zu den dafür notwendigen Grundstücksabtretungen noch keinen Gemeinderats-

Fortsetzung umseitig

Wir kaufen Ihr Gold!

- sofort gegen Bargeld
- unbürokratisch
- zum Tageshöchstpreis

Schmuck, Münzen, Barren, Uhren
Zahngold, beschädigte Gegenstände, ...

... weil gute Geschäfte Vertrauenssache sind:

Antiquitäten Jahrbacher
gratis Auskunft 0664/33 82 716
Direkt in Leoben beim Schwammerlturm
www.jahrbacher.at



Auch
Verpfändung
möglich!



Lesen Sie auch Seite 9

Aus dem Inhalt

Hühnermast in Edling
Seite 2

Josef Forster Gasse be-
kommt Licht Seite 4

Monopol für MVG Seite 8

Krankenhauspersonal an
Belastungsgrenze:
Seite 12

Leopoldsteinersee darf
nicht verbaut werden
Seite 14

Fortsetzung von Seite 1

beschluß gegeben habe – die WAG seit rund einem Jahr trotzdem widerrechtlich Parkplätze vergeben hatte. Das mußte auch Bürgermeister Abl zugeben. Den Gemeinderatsbeschluß hat es bis heute nicht gegeben. Vor kurzer Zeit wurden die Verkehrstafeln, die die Parkplätze als Privatparkplätze gekennzeichnet hatten, entfernt und stattdessen Halte- und Parkverbotstafeln mit dem Zusatz „mit Ausnahme von gekennzeichneten und gemieteten Stellflächen“ aufgestellt. Leitenbauer wies den Bürgermeister auf diese absurde Situation hin und wollte wissen, wer für diese Vorgangsweise verantwortlich sei: „Hast Du als Bürgermeister diese Verordnung über das Halte- und Parkverbot aufgestellt? Bürgermeister Abl zeigte sich überrascht: „Ich habe sicher nicht veranlaßt, hier Halte- und Parkverbotstafeln aufzustellen. Ich weiß von diesen Tafeln nichts“. Er sagte zu, der Sache nachzugehen.



Parkplatzmieter: Immer noch kein Geld

Bereits in der Gemeinderatssitzung im März kritisierte Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer, daß von Parkplatzmietern in der Reichensteinstraße zu Unrecht von der WAG von September bis Dezember 2019 für, auf Grund von Bauarbeiten nicht benutzbare Parkplätze, Mieten eingehoben wurden. Bürgermeister Abl versprach Leitenbauer in der Juni-Sitzung, daß die zu Unrecht eingehobenen Parkplatzmieten den Mietern vom beauftragten Bauunternehmen nach Ende der Arbeiten gutgeschrieben werden. Bis jetzt wurde das Geld noch nicht überwiesen. Leitenbauer: „Ich finde das ungeheuerlich, die Mieter warten schon ein Jahr auf ihr Geld!“ Der Bürgermeister zeigte sich verwundert. Er sagte zu, sich umgehend darum zu kümmern.

Fahrverbot für Naherholungsgebiet Gößgraben

Viele Trofaiacherinnen und Trofaiacher – besonders Anrainer der Gimplachstraße – wünschen sich eine Lösung gegen die massive

Staubbelastung in der Gimplachstraße in Richtung Gößgraben. Leitenbauer schlug vor, eventuell ein Fahrverbot mit Ausnahme von Anrainerverkehr zu prüfen. Die nicht asphaltierte Schotterstraße wird täglich von unzähligen Joggern, Radfahrern und Spaziergehern als Naherholungsgebiet genutzt. Leider auch von vielen oft ortsfremden PKWs als als Abkürzung in den Gößgraben. Bürgermeister Abl bejahte den Vorschlag des Fahrverbotes ausgenommen Anrainerverkehr und sagte Leitenbauer zu, dieses bei der BH zu beantragen. Die BH hat das Ansuchen nun positiv erledigt, das Fahrverbot mit Ausnahme Anrainerverkehr wurde bewilligt.

Neuerlich unsinnige Ausgabe

Bereits im November wurde die Leobener Werbefirma Brainsworld um 3.360 Euro beauftragt, ein „modernes“ Layout für einige Seiten der Gemeindezeitung zu erstellen. Jetzt wird dieselbe Firma um 12.000 Euro für eine ähnliche Arbeit erneut beauftragt. Leitenbauer: „Einerseits schreit der Bürgermeister zu Recht um Hilfe aufgrund der besorgnis-

erregenden finanziellen Situation der Gemeinde und dann wird bei jeder Sitzung für so unnötigen Schnickschnack Geld rausgeschmissen! Die Gemeinde könnte das selber machen, schließlich haben wir eine eigene Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit!“. Die KPÖ stimmte gegen diese Ausgabe; sie wurde von SPÖ und ÖVP beschossen.

Viel Geld für Bürgermeisterwerbung

Schon bisher wurde für die Gewinnspielaktion „Trofaiach kauft daheim“ Bürgermeister-Werbung in Gratiszeitungen von der Gemeinde bezahlt.

Nun wurden abermals 2.520 Euro für teilweise bereits erschienene(!) Inseratenwerbungen in einer Gratiszeitung freigegeben. Auch dagegen stimmte die KPÖ. Gabi Leitenbauer und KPÖ-Stadtrat Christian Weiß unisono: „Es ist für uns nicht einzusehen, daß aus Steuergeld für unnötige Bürgermeisterwerbungen Geld ausgegeben werden soll. Die Gemeinde kann ihre Gewinnspielaktion in der eigenen Gemeindezeitung bewerben, außerdem gibt es dafür eine eigene Plakataktion!“

Hühnermastanlage in Edling

Bereits im Februar wurde auf der Gemeinde ein Antrag auf Baubewilligung für einen Hühnermaststall für 20.000 Hühner (!) in Edling eingebracht.

Erst am 3. Dezember wurden die Anrainer darüber von der Gemeinde informiert. Schon am 17. Dezember hätte ursprünglich die Bauverhandlung stattfinden sollen. Die Anrainer hätten somit 14 Tage Zeit gehabt, in die Unterlagen Einsicht zu nehmen und ihre Einwendungen einzubringen. Gerade in Corona-Zeiten ein Unding!

Die „Mühe“ den Gemeinderat über das Bauvorhaben zu informieren, machte sich

der Bürgermeister in all den Monaten nicht. Hätten sich nicht die Anrainerinnen und Anrainer an uns gewandt, hätten wir bis vor kurzem nichts von diesem Projekt gewusst. Ist dieses fast ein Jahr lange Totschweigen vielleicht dem Umstand geschuldet, daß Bürgermeister Abl vor den Gemeinderatswahlen keinen Wirbel in der Bevölkerung wollte? Wie auch immer:

Wir haben inzwischen erreicht, dass das Thema am 9.12. in einem Ausschuss auf die Tagesordnung genommen wurde. Der ursprüngliche Termin für die Bauverhandlung wurde nun auf unbestimmte Zeit verschoben. Offizieller

Grund waren die Corona-Schutzbestimmungen. Der enorme Druck aus der Bevölkerung dürfte aber seinen Beitrag geleistet haben.

Eines können wir versprechen: Wir werden die engagierten Bürgerinnen und Bürger gegen diese Hühnermastfarm, auch aus Tierschutzgründen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Gabi Leitenbauer,
Dr. Christian Weiß,
Bernd Kaufmann,
DI Katharina Varadi-Dianat,
Astrid Högler,
Manfred Rössler,
Patrick Pirner

K O M M E N T A R

Die Trofaiacher SPÖ macht nun endgültig Nägel mit Köpfen: Nachdem durch ihre Initiative die Strecke nördlich des Bahnhofes so rückgebaut werden soll, daß zwar eine Gelegenheits-Tourismusbahn aber nie mehr ein regelbetriebener Personennahverkehr auf dieser Strecke fahren kann, wurde nun die letzte „Hürde“ zur Verhinderung in Angriff genommen; die Gründung eines Unternehmens mit dem Namen „4-takt Verkehrs GmbH“, bei dem, die sich im Alleinbesitz der Gemeinde Kapfenberg, befindliche MVG eine quasi Allmachtstellung für zehn Jahre, wahrscheinlich sogar auf Jahrzehnte, gesichert hat. Wir erinnern uns: Die MVG und ihr geschäftstüch-

S-Bahn-Verhinderer: Schritt für Schritt zum Ziel

tiger Geschäftsführer waren die letzten Jahre eifrig und erfolgreich mit dabei, eine S-Bahn-Anbindung in unsere Stadt zu verhindern. Als der Gemeinderat Trofaiach und einige andere Gemeinden 2017 beschlossen, um die Busleistungen in unserer Region nicht EU-weit ausschreiben zu müssen, eine Auftraggebergemeinschaft zu gründen, war auch die KPÖ aus gutem Grund dafür: Bei einer EU-weiten Ausschreibung droht durch Dumpingpreise ein Angriff auf die Rechte unserer Busfahrer und auf die Qualitätsstandards von Verkehrsleistungen. So weit so gut. Leider hat sich die Sache nun verselbständigt. Nun wurden die Weichen auch in eine ganz andere Richtung, hin zu einer langjährigen Monopo-

lisierung der MVG, gestellt. In diesem Zusammenhang gab es folgenschwere Entscheidungen. Es wurden Verträge beschlossen, die der Stadtgemeinde Kapfenberg quasi eine Allmacht bescherten. Von neun Mitgliedern des Beirates der GmbH stellt fünf Kapfenberg. Je ein Mitglied stellen Trofaiach, Leoben, Bruck und Mariazell. Damit kann Kapfenberg alleine entscheiden. Ihr steht das Vorschlagsrecht für den oder die Geschäftsführer und den Vorsitzenden des Beirates zu. Als Ziel der GmbH wird wörtlich „die Vergabe der Personenverkehrsdienste an die MVG“ formuliert und in der vom Land Steiermark gegründeten Steuerungsgruppe für das „Verkehrsprojekt Obersteiermark Ost“ ist neben dem



Gabi Leitenbauer
KPÖ-Vizebürgermeisterin
Tel. 038 42 / 22 670

Land und dem Verkehrsverbund einzig Kapfenberg und damit wieder die MVG vertreten. Die MVG sitzt also auf Jahrzehnte an allen Schalthebeln, die den Personenverkehr in unsere Region bestimmen. Unter diesen Bedingungen wird einer schienegebundenen S-Bahn in unserer Region wohl endgültig der Todesstoß versetzt. Die S-Bahn-Verhinderer haben wahrlich „ganze Arbeit“ geleistet! Zukünftige Generationen werden sich auf den Kopf greifen!

BELLAGGIO GELATERIA



**Wir wünschen all unseren Gäste
schöne, gesunde und besinnliche Weihnachten
und einen guten Rutsch ins neue Jahr!
Wir freuen uns, Sie ab 07. Jänner
wieder bei uns verwöhnen zu dürfen!**

**Bis dahin... Bleiben Sie gesund
Ihr Bellaggio-Team**



Aus dem Trofaiacher Stadtrat - Sitzung vom 22. Oktober 2020

Erfolg bei Straßenbeleuchtung in der Josef-Forster-Gasse

Steter Tropfen höhlt den Stein: Nachdem Gabi Leitenbauer und Christian Weiß (beide KPÖ) in den letzten Monaten immer wieder die fehlende Straßenbeleuchtung am oberen Ende der Josef-Forster-Gasse kritisiert hatten, teilte der Bürgermeister mit, daß die Straßenlaterne nun doch aufgestellt wurde.

Schülerbus fährt viel zu früh

Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer kritisierte, daß der Schülerbus zur Volksschule nach Gai die Schüler viel zu früh abholt und die Kinder bis zu zehn Minuten vor dem verschlossenen Schulgebäude warten müssen. Leitenbauer: „Die Kinder von Kurzheim werden schon um 6.30 Uhr abgeholt, müssen dann bis 6.50 Uhr vor dem verschlossenen Schulgebäude warten und dann noch einmal bis 7.40 Uhr, bis der Unterricht beginnt. Etliche Eltern würden deshalb ihre Kinder selbst mit dem PKW in die Schule bringen. Leitenbauer ersuchte den Bürgermeister eine kinderfreundliche Lösung umzusetzen. Bürgermeister Abl wies darauf hin, daß der Schulbus mehrere Runden zurückzulegen habe um alle Haltestellen bedienen zu können und eine bessere Lösung mit dem Taxiun-

ternehmen Fraiß, das den Schulbus betreibt, bisher noch nicht gefunden werden konnte. Er sagte aber zu, mit der Firma Fraiß noch einmal das Gespräch zu suchen und in der nächsten Sitzung darüber zu berichten.

Staubbelastung im Naherholungsgebiet Gößgraben

Die lediglich geschotterte Gimplachstraße in Richtung Gößgraben wird ab der Abzweigung Putzen-



Gimplachstraße: Spaziergänger und Anrainer leiden unter Staub

berg von vielen Trofaiacherinnen und Trofaiachern als Naherholungsgebiet genutzt. Die vielen Spaziergänger, Jogger und Radfahrer, werden allerdings bei trockenem Wetter massiv eingestaubt, da auch viele PKWs die Straße als direkte Verbindung in den Gößgraben nützen. Gabi Leitenbauer: „Viele ortsfremde Personen, die mit dem PKW zum Wandern kommen, nutzen diese Straße als direkte und kürzere Verbindung in den Gößgraben, statt die asphaltierte Gößgrabenstraße zu nehmen.“ Leitenbauer ersuchte Maßnahmen zu setzen: „Sollten wir keine andere Lösung finden, wäre auch ein Fahrverbot für Nichtanrainer denkbar!“

Laut Bürgermeister Abl wäre das Aufbringen einer

Euro freigegeben, für 42 finanziell minder bemittelte Schülerinnen und Schüler anlässlich der Schulhefteaktion – 30 Euro pro Schüler – 1.260 Euro. Im Bereich der Straße Laintal-Wolkersdorf wurde festgestellt, daß die untere Tragschicht nicht den Richtlinien entspricht. Nun wird diese saniert. Kostenpunkt 46.420 Euro.

Diese Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Geld beim Fenster hinausgeworfen

Um die Gemeindezeitung zu modernisieren und leserfreundlicher zu machen, wurde die Leobener Werbefirma Brainsworld beauftragt, für einige Seiten ein neues Layout zu erstellen - Kostenpunkt 3.360 Euro; zusätzlich wurden für ein einseitiges Inserat betreffend eine Gemeindereportage in einer Gratiszeitung 1.280 Euro freigegeben. Gegen beide Ausgaben sprach sich KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer aus. Für Gemeindereportagen habe die Gemeinde ihre eigene Gemeindezeitung und das neue Gemeindezeitungslayout sei unnötig. Sie erinnerte den Bürgermeister an seine vor kurzem getätigte Aussage bei einer Pressekonferenz, ohne zusätzliche Finanzhilfe den Alltag nicht mehr finanzieren und Leistungen der Gemeinde nicht mehr aufrecht erhalten zu können. Leitenbauer: „Wie sollen wir die Kindergärten heizen und wie den Betrieb des Bauhofes aufrechterhalten, das waren Deine mahnenden Worte bei der Pressekonferenz. Angesichts dieser Situation für solche Spompanadel Geld rauszuwerfen, halte ich für unangebracht!“

Makadamschicht auf der Straße vorstellbar. Zu präferieren wäre aus seiner Sicht jedoch die Verordnung eines Fahrverbotes ausgenommen Anrainerverkehr, welches jedoch von der BH zu verordnen sei. Alle Möglichkeiten würden geprüft, so Abl.

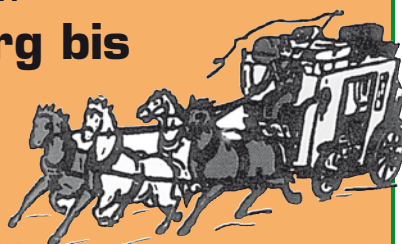
Schülerzuschüsse

Für Zuschüsse anlässlich der Schuleintrittsaktion für 86 Schüler – jedes in die Erste Klasse Volksschule eintretende Kind bekommt 300 Euro – wurden 25.800

ESSEN AUF RÄDERN

Täglich zwei Menüs zur Auswahl
Wöchentlichen Menüplan anfordern

Wir liefern von
**Vordernberg bis
Trofaiach**



Rufen Sie uns an!
Tel. 0664 43 15 144
Familie Feiel Vordernberg

Kommentar

Von KPÖ Gemeinderat
Bernd Kaufmann



Man kann Volksschul- kinder nicht eine Stunde warten lassen

Meine Kollegin Gabi Leitenbauer hat in den letzten Stadtratssitzungen zu Recht kritisiert, daß man es nicht verantworten kann, kleine Kinder, die die Volksschule Gai besuchen und auf den Schulbus angewiesen sind, eine Stunde bis zum Unterrichtsbeginn warten zu lassen. Eine Zeit lang sogar vor dem verschlossenen Schulgebäude. Gabi Leitenbauer forderte den Bürgermeister auf, hier schnell eine Lösung zu finden. Die Antwort von Bürgermeister Abl war allerdings ernüchternd: 30 Schüler wären für den Schulbus angemeldet, deshalb müsse der Schulbus in der Früh und zu Mittag jeweils zwei Runden drehen. Und obwohl dann tatsächlich oft weniger Kinder mit dem Bus fahren, müßten trotzdem alle Haltestellen aufgrund der Anmeldungen angefahren werden.

Auch hätten Gespräche der Schulleitung mit Eltern bisher nichts gebracht, es werde aber zumindest eine Optimierung für das nächste Schuljahr angedacht, so der Bürgermeister.

Mit dieser Antwort kann man sich nicht zufrieden geben. Vielleicht hat der Bürgermeister schon einmal daran gedacht, daß viele Eltern den Schulbus für ihre Kinder aufgrund der enorm langen Wartezeit bis zum Unterrichtsbeginn nicht in Anspruch nehmen wollen und sie deshalb die Kinder mit dem eigenen PKW lieber selber zur Schule bringen? Welche Eltern wollen schon ihr Volksschulkind der Gefahr aussetzen, in aller Früh in der Dunkelheit auch noch vor dem verschlossenen Schulgebäude warten lassen zu müssen? Hier muß schnell eine Lösung gesucht werden und nicht erst im nächsten Schuljahr!



Jetzt bei Ihrem Wo&Wo Fachhändler in Aktion



FAST

SONNENSCHUTZ

Ernst Lenz

Gemeindestraße 6, 8712 Proleb

Tel. 03842/ 81 240, Mobil 0664/ 100 9500

Technik für Sonnen- und Wetterschutz

Wir setzen die Sonne für Sie ins rechte Licht!

- Jalousien für den Innen- und Außenbereich
- Rollläden
- Markisen
- Stoffrollos und Falstore
- Vertikaljalousien
- Folierungen
- Wintergartenbeschattungen
- Insektenschutz in hoher Qualität und vielfältiger Ausführung.

Jedem das Beste!

**Spezialist für Beratungen
und fachmännische Montage**

Gemeindestraße 6, 8712 Proleb

Tel. 03842/ 81 240

Mobil 0664/ 100 9500



KOSTENLOSE

MIETERBERATUNG

Die KPÖ bietet

Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70



DANKE

an alle unsere Kunden und jene, die es noch werden möchten.
Für die kommenden Wochen wünschen wir eine besinnliche, stille Zeit.



Ich wünsche mir in diesem Jahr mal Weihnacht wie es früher war. Kein Hetzen zur Bescherung hin, kein Schenken ohne Herz und Sinn. Ich wünsche mir ´ne stille Nacht, frostklirrend und mit weißer Pracht. Ich wünsche mir ein kleines Stück von warmer Menschlichkeit zurück. Ich wünsche mir in diesem Jahr ´ne Weihnacht, wie als Kind sie war. Es war einmal, schon lang ist´s her da war so wenig, so viel mehr!

Hermann Sandriesser

**TÜR-TOR-FENSTER-
Profi**

8792 St. Peter Freienstein,
Hessenbergstraße 50
Tel. 0664 / 207 1470

E-Mail: office@ttfp.at

Ihr Partner in der Region



**Türen – Tore – Fenster –
Sonnen- und Insektenschutz –
Glasschiebesysteme – Sommergärten**

**Beratung – Planung – Verkauf –
Service & Montage**

Reparaturen aller Systeme

www.ttfp.at

**Wir liefern Lösungen nach Maß –
Begeisterung inklusive**

Aus dem Trofaiacher Stadtrat - Sitzung vom

Sonderprivilegien für

Während Bedienstete der Stadtgemeinde und Gemeinde- und Stadträte von anderen Fraktionen auf den öffentlichen Parkplätzen in der Innenstadt parken, wenn sie am Gemeindegang zu tun haben, parkt SPÖ-Stadtrat Peter Marschnig sein Auto im Stadtwerke-Hof in der Rebenburggasse im Halteverbot. Der Bereich ist mit dem Vermerk „Ausgenommen Dienstfahrzeuge der Stadtgemeinde Trofaiach“ gekennzeichnet. Der Parkplatz ist nur durch eine mit Fernbedienung zu öffnende Schrankenanlage zu erreichen.

Gabi Leitenbauer wollte von Bürgermeister Abl (SPÖ) nun wissen, was der Grund für dieses Privileg ist: „Der Privat-PKW von Herrn Marschnig ist kein Dienstfahrzeug der Gemeinde!“

Sowohl Bürgermeister Abl als auch SPÖ-Stadtrat Marschnig verteidigten diese Regelung. Marschnig: „Ich habe den Geschäftsführer der Stadtwerke gefragt und er hat ja gesagt!“ Bürgermeister Abl ergänzte, daß die Stadtwer-

ke Eigentümerin der Fläche sei und deshalb auch bestimmen könne, wer hier parke. Eine Antwort, die bei Gabi Leitenbauer für Kopfschütteln sorgte.

Problematische Ausbreitung von Neophyten-Pflanzen

Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer berichtete, daß im Bereich Waldstraße/Lagergasse von Anrainern seit längerem beobachtet werde wie sich dort der Japanische Stauden-Knöte-



Nachtragsvoranschlag 2020

Wir erinnern uns: Erst durch die vielen Beschwerden der KPÖ bei der Gemeindeaufsichtsbehörde des Landes muß nun auch in Trofaiach ein Nachtragsvoranschlag gemacht werden. Der Nachtragsvoranschlag 2020 weist gegenüber dem Voranschlag einen hohen Abgang – 1,8 Millionen Euro – aus. Der Großteil davon durch coronabedingte Einnahmefälle bei den Bundesertragsanteilen, ein kleinerer Teil auch durch

Sonderabschreibungen und Einnahmefälle diverser Gemeindeabgaben. Durch Auflösung der Rücklagen soll der Abgang abgedeckt werden. SPÖ-Finanzstadtrat Marschnig lobte sich und seine Partei für das Zahlenwerk: „Die weltwirtschaftliche Situation, ausgelöst durch die Corona-Krise, macht sich auch bei den Trofaiacher Gemeindefinanzen bemerkbar. Durch vorausschauende Finanzpolitik der letzten Jahre kann der

m 5. November 2020

für SPÖ-Marschnig?

rich, eine eingeschleppte Pflanze, die heimische Arten verdrängt, ausbreite. Es sei allgemein bekannt, daß sich diese Pflanze durch enorme Wuchskraft immer weiter vermehre, die heimische Natur überwuchere und wirtschaftliche Schäden in der Landwirtschaft, aber auch an Mauern oder Wasserrohren, verursachen könne. Leitenbauer ersuchte Bürgermeister Abl Experten zu kontaktieren. Bürgermeister Abl: „Die Neophyten-Pflanzen werden bereits von Berg- und Naturwacht beobachtet. Ich werde deren Experten ersuchen, sich auch diesen Bereich genau anzuschauen.“

Keine Lösung für Schülerbus nach Gai

In der Stadtratssitzung im Oktober kritisierte Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer, daß der Schülerbus Fraiß die Volksschulkinder viel zu früh in die Schule nach Gai bringe. Die Kinder müßten eine Stunde auf den Unterrichtsbeginn warten, eine Zeit lang sogar im Freien vor dem

verschlossenem Schulgebäude. Leitenbauer forderte Bürgermeister Abl auf, hier eine bessere Lösung zu finden.

Nun berichtete Abl, daß eine bessere Lösung zur Zeit nicht möglich wäre. „Es müssen vom Busunternehmen jedes Mal zwei Routen gefahren werden, weil 30 Kinder für diesen Schulbus angemeldet sind. Oft fahren aber viel weniger Kinder, trotzdem müssen immer alle Haltestellen angefahren werden, so Abl. Ein Gespräch mit Lehrern und Eltern hätte bisher kein Ergebnis gebracht. Für das nächste Schuljahr sei bei der Abfrage betreffend Schulbus jedoch eine Optimierung angedacht. „Außerdem ist das eine Leistung des Bundes und nicht der Gemeinde!“ Gabi Leitenbauer: „Die Gemeinde schmeißt für so viele unnütze Dinge das Geld beim Fenster hinaus! Mir kann keiner erzählen, daß es hier keine Lösung gibt. Kein Wunder, daß manche Eltern lieber ihre Kinder selbst in die Schule bringen, welche Eltern wollen schon kleine Volksschulkinder eine Stunde warten lassen!“

020: Kritik der KPÖ

Abgang aber kompensiert werden.“

Kritik kam von Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer aufgrund des abermals intransparenten Zahlenwerkes: „Gleich wie in den letzten Jahren ist auch dieser Nachtragsvoranschlag ein völlig intransparentes Zahlenwerk. Wieder gab es kaum Bedeckungsbeschlüsse des Gemeinderates für über- oder außerplanmäßige Ausgaben. Ich blicke mit Neid

nach Leoben wo ein unsichtiger und kompetenter Finanzstadtrat und eine Finanzdirektorin, die sich an die Gesetze hält, das Budget der Gemeinde auch den anderen Fraktionen völlig transparent und nachvollziehbar übermittelt. Das alles vermisse ich in Trofaiach wie immer, leider!“ Der Nachtragsvoranschlag wurde von SPÖ, ÖVP, Grünen und FPÖ beschlossen. Die KPÖ stimmte dagegen.

DER PELLETS-KESSEL

Jetzt bis zu 8.600 Euro Förderung sichern und 1.200 Euro mit dem gratis Komfortpaket sparen! ¹⁾

Kleinster Platzbedarf seiner Klasse

Einzigartig: Wartung nur alle zwei Jahre

Fahrbare XXL-Aschebox muss im Schnitt nur ein- bis zweimal jährlich entleert werden

BioWIN 2 Touch

3 bis 33 kW



¹⁾ Bis zu 3.600 Euro Landesförderung
Bis zu 5.000 Euro Bundesförderung
Weitere Infos bei Fa Fink oder unter windhager.com

SEIT 1921
windhager
DIE HEIZUNG

FINK



Wir beraten Sie...

Installationen GmbH

Badgestaltung Heizung Alternativenergien

Pestalozzistraße 63, 8700 Leoben
T 03842/21 484, F 03842/21 484-14

office@fink-installationen.at, www.fink-installationen.at

Aus dem Trofaiacher Gemeinderat - Sitzung vom 1. Oktober 2020

Monopol für Mürztaler V

Um den Regionalbusverkehr nicht EU-weit ausschreiben zu müssen, beschloß der Gemeinderat Trofaiach im Jahr 2017 – damals einstimmig – die Gründung einer Auftraggebergemeinschaft zur Direktvergabe von Verkehrsdienstleistungen. Als dann 2019 weitere Beschlüsse gefaßt wurden, stimmte die KPÖ dagegen.

Es wurde eine eigene GmbH gegründet, ein eigener Geschäftsführer bestellt und Verträge abgeschlossen, mit denen der MVG-Kapfenberg quasi eine Monopolstellung eingeräumt wurde. Die Gemeinde Trofaiach hält an der GmbH vier Prozent. Diese Beschlüsse gingen weit über das ursprüngliche Ansinnen, nicht EU-weit ausschreiben zu müssen, hinaus.

Nun faßte der Gemein-

derats in dieser Sitzung dazu weitere Beschlüsse: Eine Geschäftsordnung für den Geschäftsführer, eine Finanzierungs- und Kooperationsvereinbarung und das Budget für die GmbH. KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer warnte: „Wir haben 2017 nur deshalb zugestimmt, um nicht EU-weit ausschreiben müssen. Von einer eigenen GmbH, einem oder mehreren Geschäftsführern und einer quasi Allein-

herrschaft der MVG sowohl in der GmbH als auch bei der Direktvergabe war keine Rede. Die Stadtgemeinde Kapfenberg als Alleineigentümer der MVG bzw. die MVG kann mit einfacher Mehrheit alles alleine beschließen. Sie kann einen oder mehrere Geschäftsführer bestimmen und sie wird per Direktvergabe alle Verkehrsdienstleistungen bekommen. Die Verträge laufen über zehn Jahre. Sie sehen in unserer Region nur einen auf Bus-Basis basierten Verkehr vor. Deshalb hätte eine S-Bahn allein schon aus diesem Grund für Jahrzehnte keine Chance mehr. Das ist eine Entmündigung der Gemeinde.“ Leitenbauer erinnerte daran, daß es gerade die MVG und ihr Geschäftsführer waren, die eine S-Bahn nach Trofaiach boykottiert haben.

Die KPÖ stimmte gegen diese Verträge, die mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und FPÖ beschlossen wurden.

Roseggergasse: Kein Geschwindigkeitsmeßgerät

In der Juni-Gemeinderatssitzung brachte Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer den Wunsch einiger Anrainer der Roseggergasse nach einem fix installierten Geschwindigkeitsmeßgerät im Bereich der Volksschule vor. Bürgermeister Mario Abl berichtete, daß eine Verkehrsmessung im September in diesem Bereich ergeben habe, daß die Durchschnittsgeschwindigkeit bei 27 km/h gelegen habe, ein fix installiertes Meßgerät somit nicht notwendig wäre.

Bergmannngasse: Neue Verkehrsbelastungen

Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer sprach den Ärger vieler Anrainer über die neuerlichen Verkehrsbelastungen in der Bergmann-

gasse an. „Seit Wochen donnern wieder LKWs mit oft hoher Geschwindigkeit durch die Bergmannngasse“, empören sich Anrainer. Der Grund des vermehrten LKW-Verkehrs ist die Errichtung eines weiteren Wohnhauses in der Bergmannngasse. Leitenbauer wollte von Bürgermeister Abl wissen, wann endlich, wie vom Gemeinderat beschlossen, Ergebnisse betreffend das Verkehrskonzept Trofaiach West und speziell über die Bergmannngasse vorlägen.

Bürgermeister Abl berichtete, daß mit der Erstellung des Verkehrskonzeptes im Sommer begonnen wurde. Noch heuer werde sich der Verkehrsausschuß damit auseinandersetzen. Bezüglich der Lärmbelastung durch die Baufahrzeuge werde Kontakt mit der für den Bau verantwortlichen Siedlungsgenossenschaft und mit der Polizei aufgenommen, so Abl.

Bodenversiegelung

KPÖ-Gemeinderätin Katharina Varadi-Dianat machte darauf aufmerksam, daß in Österreich durch die „Zersiedelung der Landschaft“ die Bodenversiegelung immer weiter voranschreite und dadurch wertvolle landwirtschaftliche Grünflächen für immer verloren gingen. Varadi-Dianat wollte vom Bürgermeister wissen, wie viel Fläche in

Splitter aus den Verkehrsverträgen

... Der Gesellschafterin „Stadtgemeinde Kapfenberg“ steht für die Dauer ihrer Gesellschaftereigenschaft das Recht zu, einen Geschäftsführer zur Bestellung namhaft zu machen. Die übrigen Gesellschafter verpflichten sich, den von der Stadtgemeinde Kapfenberg namhaft gemachten Geschäftsführer in der Generalversammlung zu bestellen.

... die Gesellschafter behalten sich vor, im Fall sachlicher Erfordernisse einen weiteren Geschäftsführer oder Prokuristen für die Gesellschaft zu bestellen.

... das Vorschlagsrecht für die Wahl zum Vorsitzenden (Anmerkung: des Beirates) kommt der Stadtgemeinde Kapfenberg zu.

... der Beirat faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. (Anmerkung: Stadtgemeinde Kapfenberg hat 5, die übrigen Gemeinden Trofaiach, Leoben, Bruck und Mariazell je 1 Mitglied)

Gemeinsames Ziel ist es...

... öffentliche Personenverkehrsdienste im Nah- und Regionalverkehr im Busbereich zu organisieren und an die Mürztaler Verkehrs GmbH zu vergeben....

... die Gesellschaft kann frühestens mit Wirksamkeit 31.12.2030 aufgelöst werden.

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17. Verantwortlicher Chefredakteur: Vzbgm. Gabi Leitenbauer. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

erkehrsbetriebe

Trofaiach in den letzten zehn Jahren dauerhaft versiegelt wurde, wie hoch der Anteil der Gemeinde an dieser Flächenversiegelung war und welche Pläne die Gemeinde habe um hier gegenzusteuern. Laut Bürgermeister Abl verbaue die Gemeinde selbst kaum Flächen und würden in den nächsten Jahren zwei Gebäude im Bereich der Innenstadt abgerissen und ein Teil davon in Grünraum umgewandelt werden. Eine genaue Beantwortung der Fragen werde in der nächsten Sitzung erfolgen.

KPÖ-Gemeinderat Bernd Kaufmann berichtete von einer Unzahl an Briefen des Bürgermeisters im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, die vor der Gemeinderatswahl an alle Haushalte geschickt wurden. Kaufmann: „*Allein meine Familie hat acht solcher Briefe erhalten!*“ Kaufmann wollte wissen, welche Kosten der Gemeinde daraus entstanden seien. Der Bürgermeister sagte zu, über die Kosten in der nächsten Gemeinderatssitzung zu berichten.

Grundkäufe für Radweg Gladen/Vordernberg

Einige Flächen des seit vielen Jahren von der Trofaiacher Bevölkerung genutzten Eisenstraßenradweges entlang der Bahntrasse im Bereich Gladen befinden sich in Privatbesitz. Diese Situation wird nun bereinigt: Die Flächen werden von der Gemeinde erworben. Um für die Trofaiacher Bevölkerung zusätzlich den Lückenschluß des Radweges bis nach Vordernberg zu ermöglichen, werden weitere 403 Quadratmeter im Bereich des Schub-

haftzentrums Vordernberg angekauft. Gegen den Kauf der Fläche in Vordernberg stimmte FPÖ-Gemeinderätin Monika Puntigam.

Tagesheimstätte für Senioren

Ein Antrag der ÖVP, eine Tagesheimstätte für Senioren in Trofaiach zu errichten um pflegende Angehörige zu entlasten, wurde grundsätzlich von allen Fraktionen befürwortet. Da aber ohne Mitfinanzierung des Landes eine solche Einrichtung für die Gemeinde und die Betroffenen aufgrund der hohen Kosten alleine nicht finanzierbar ist, wurde der Antrag einstimmig in abgeänderter Form zur Diskussion dem Sozialausschuß zugewiesen.

Antikhandel Jahrbacher in Leoben und Bruck an der Mur berät Sie gerne

Wertvolle alte Schätze

Antikhandel Jahrbacher mit Geschäften in Leoben beim Schwammerlturm in der Kirchgasse 14 und in Bruck am Hauptplatz im Haus Glasbau Gruber ist Spezialist für den Ankauf alter Werte zu Bestpreisen, die oft unentdeckt am Dachboden schlummern – inklusive gratis Schätzung und Bargeld bei Ankauf!

Wenn Sie alte Schätze daheim herum liegen haben – Antikhandel Jahrbacher ist die richtige Adresse. „Wir kaufen Gold- und

Silberschmuck, Zahngold, Gold- und Silbermünzen, Bilder, Möbel, Orientteppiche, Uhren, Silberbesteck (auch Einzelteile), Briefmar-

kensammlungen, Ansichtskarten, Musikinstrumente, Orden, Dolche, Uniformen, Bücher, Zeitungen sowie alles aus dem 1. und 2. Welt-



krieg bis hin zu kompletten Verlassenschaften“, so Richard Jahrbacher.

„Fragen Sie den kompetenten Sachverständigen, bevor Sie wertvolle Gold- und Silberstücke (Schmuck, Münzen) in Hotels/Gasthöfen bzw. Handyshops billig verkaufen!“ rät er, „wir geben sofort gratis Auskunft unter Tel. 0664/338 2716 oder in unseren Geschäften in Leoben und Bruck (Hausbesuche möglich).“

www.jahrbacher.at

MEINUNG

Besser keine grüne Handschrift

Die Corona-Thematik dominiert beinahe die gesamte Berichterstattung. ÖVP und Grüne taumeln inzwischen regelrecht durch die Krise, während in Hinterzimmern beinharte neoliberale Politik umgesetzt wird. Und die Grünen machen dabei keine gute Figur. Am deutlichsten mitbekommen hat man das bei der sogenannten „Hacklerregelung“. Daß Menschen, die 45 Jahre Schwerarbeit geleistet haben, künftig nicht mehr abschlagsfrei in Pension gehen dürfen, wurde von der Öko-partei tatsächlich als Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau verkauft. Man kann natürlich einwenden, daß körperlich arbeitende Menschen bislang ohnehin kaum die Grünen

gewählt haben, insofern ist das zumindest kein Verrat an den eigenen Wählern.

Anders sieht das bei der behaupteten „Grünen Handschrift“ bei den Universitäten aus. Hier werden die letzten Grundsätze der Freiheit von Wissenschaft und Lehre über Bord geworfen. Emanzipatorischer Ausgleich: Künftig gibt es akademische Titel auch geschlechterneutral formuliert. Darauf hat die Welt gewartet. Dafür gibt es eine bunte Palette an Klimaschutzmaßnahmen – oder zumindest Überschriften in diese Richtung. Die Realität ist meist eine bittere, denn draufzahlen wird die Allgemeinheit: Die Nova auf Neufahrzeuge wird nach „öko-

logischen“ Kriterien gestaffelt. Das soll große spritfressende SUVs treffen, belastet aber auch klassische Familienautos. Ein Kombi oder ein Minivan kann dann bald mehrere Tausend Euro mehr kosten. Und bislang freigestellte Nutzfahrzeuge verteuern sich mitunter um fünfstelligen (!) Summen. Das ist weder sozial noch treffsicher, das ist reine Abzocke! Die Frage drängt sich auf, warum diesen Damen und Herren in Zeiten der schwersten Wirtschaftskrise nichts anderes einfällt, als Familien und Gewerbetreibende auszusackeln.

Die Aufzählung ist bei weitem nicht vollständig. Die „grüne Handschrift“ leuchtet auch in anderen

Bereichen, besonders pikant jedoch bei den Energiekosten, Stichwort Ökostromprämie: Diese gewährt den Stromproduzenten fixe Fördersätze, wenn sie den Strom umweltfreundlich erzeugen. Diese Fördersätze werden nun erhöht. Zahlen werden das die Haushalte über einen höheren Strompreis. Auch die Taxifahrer steigen bereits gegen die grüne Verkehrsministerin auf die Barrikaden: Durch neue gesetzliche Regelungen wird es künftig privaten Fahrdiensten wie Uber, welche keinerlei Kollektivverträgen unterliegen, leichter möglich sein, ihre Dumping-Dienste anzubieten, und somit die alleingesessenen Taxidienste zu ruinieren. JM



OGB

AK

ÖSTERREICH

Auch in schwierigen Zeiten immer für Sie da.

jobundcorona.at

Alle Fragen rund um
Job und Corona.

Schwarz-Grün:

Verantwortungslos durch die Krise

Wochenlang war spekuliert worden, ob bei einem zweiten Lockdown auch die Schulen zusperrten. Ob die Schulschließungen sinnvoll seien oder nicht, darüber waren sogar die Experten uneins. Was aber die Bundesregierung letztlich verkündete, ließ sogar wohlmeinenden Kommentatoren den Mund offenstehen. Selbst die Kleine Zeitung betitelte einen Leitartikel mit „Chaos mit Anlauf“.

Es ist offensichtlich, daß eine Schulschließung, wenn sie denn umgesetzt wird, ordentlich vorbereitet werden muß, und die Rahmenbedingungen brauchen entsprechende Anpassungen. Beispielsweise muß die Kinderbetreuung zu Hause organisiert werden, die Ausstattung für das „Home-Schooling“, also PCs, Laptops, Drucker und dergleichen muß gegeben sein. Und die Eltern brauchen eine rechtliche Absicherung, damit ihnen im Falle des zu-Hause-Bleibens nicht noch die Kündigung droht. Alle diese Vorbereitungen hätte man von Seiten der Bundesregierung den ganzen Sommer über treffen können. Hat man jedoch nicht.

Stattdessen hat die Schwarz-Grüne Bundesregie-

rung erneut bewiesen, daß sie von tatsächlichem Krisenmanagement keine Ahnung hat, vielmehr setzt sie auf viel PR-Show und Delegieren von Verantwortung. Das ging so weit, daß an einem Samstag Maßnahmen verkündet wurden, die ab Dienstag umzusetzen waren. Es blieb allen betroffenen Stellen also exakt ein Werktag, um individuell Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden – wohlgerne, weil die Regierung selbst keine Lösungen parat hatte. So wurde in den Schulen und Kindergärten der Unterricht eingestellt, einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsfreistellung gab es allerdings ausdrücklich nicht. Man fragt sich, wer sich derartige Regelungen überhaupt ausdenkt.

Berufstätige Eltern mit Kindern können da nur den Kopf schütteln.

Viele haben im Frühjahr bereits Urlaub oder Überstunden aufgebraucht, um im ersten Lockdown die Kinderbetreuung zu stemmen. Inzwischen wird wenigstens zugegeben, daß Home-Office und Kinderbetreuung schwer bis gar nicht machbar ist. Vor genau derselben Problemstellung standen nun wieder zehntausende Familien. Sie wurden und werden im Stich gelassen – schlimmer noch: den Familien wird die Verantwortung zugeschoben, die eigentlich von der Bun-

desregierung getragen werden müßte. Man muß es in aller Schärfe sagen: ÖVP und Grüne regieren tatsächlich verantwortungslos, sie sind nicht bereit, Verantwortung zu tragen für uns Österreicherinnen und Österreicher, und eine eindeutige Entscheidung – welche auch immer – zu treffen. Stattdessen wird die Verantwortung für die Bewältigung der Krise sowie für das Wohl der Kinder, der Lehrer, der Kindergartenpädagoginnen und letztlich auch über zahlreiche Arbeitsplätze an jene abgewälzt, deren Schutz eigentlich oberste Aufgabe des Souveräns ist.

1,85 Millionen Euro

Wirtschaftsförderung an Stefan Pierer

Der Wirtschaftsförderungsbeirat hat beschlossen, an den Pierer-Konzern eine Landesförderung in Höhe von 370.724 Euro auszuspenden. Dagegen stimmte die KPÖ. Pierer bekommt von der öffentlichen Hand weitere 1,483 Millionen Euro Förderung für Investitionen in Kapfenberg. 47,99 Prozent am Pierer-Konzern hält Pierers indischer Partner Rajiv Bajaj über seine Baja Auto International Holding. 51,71 Prozent gehören Stefan Pierer, der mit seiner Mehrheit den Konzern kontrolliert.

Wir erinnern uns: Stefan Pierer schickte die Beleg-

schaft im ersten Lockdown in Kurzarbeit. Die Beschäftigten bekamen bis zu 20 Prozent weniger Lohn und Gehalt. Trotzdem schüttete er 27,11 Millionen Euro Dividende an die Eigentümer – somit an sich selbst bzw. an die Inder aus. Erst nach einem heftigen öffentlichen Aufschrei wurde die Dividende als „Liquiditätsstärkung“ zurückgezahlt. Auf die Vorstandsbezüge samt Boni wurde allerdings nicht verzichtet. Allein die Boni für den fünfköpfigen Vorstand – darunter Stefan Pierer selbst – machen 1,8 Millionen Euro aus. Stefan Pierer zählt zu den ÖVP-Großspendern.

Seriös - Einfühlsam - Würdevoll

Im Trauerfall sind wir 24 h täglich für Sie erreichbar.



Verabschiedungsraum Proleb

FILIALE LEOBEN

Sabine Obermayer

Langgase 14
8700 Leoben

Tel.: 03842/82 444

FILIALE PROLEB

Roswitha Kaser

Gemeindestraße 2/1
8712 Proleb

Tel.: 0664/257 41 43

www.bestattung-wolf.com

Aus dem Landtag Steiermark

Krankenhauspersonal an Belastungsgrenze: Landesregierung hält an Einsparungen fest

Das Spitalspersonal in den steirischen Spitälern ist an der Belastungsgrenze. Diese unerträgliche Situation herrscht seit langem. Corona hat die Krise verschärft. Trotzdem hält die ÖVP-SPÖ Landesregierung an ihren Sparplänen fest. Spitalsbetten und Standorte sollen weiter abgebaut werden. Auch gibt es viel zu wenig Pflegekräfte und Ärztinnen und Ärzte.

Bereits im Juni hatte die KPÖ dieses Thema in den Landtag gebracht. In den letzten Wochen konnte man in den steirischen Zeitungen Hilfeschreie des Personals lesen. Selbst KAGES-Sprecher Marczik bestätigte, daß es einen Mangel an Pflegekräften und Medizinern bereits vor Corona

gegeben habe. Nun sei alles noch schlimmer.

Deshalb hat KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg ÖVP-Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß im Landtag neuerlich mit diesen Mißständen konfrontiert. Murgg: „Eine Primaria klagt, daß Ärzte und Pflegepersonal bald an

die Grenzen der Belastbarkeit stoßen. Pflegekräfte sagen, sie werden seit Jahren personell ausgehungert. Viele müssen trotz positivem Corona-Test Dienst tun.“ Das alles sei seit Jahren bekannt und die Landesregierung unternehme nichts dagegen. Murgg: „Es geht wie immer ums Geld, während uns die Landesregierung weis machen will, die Bettenreduktionen und die Schließung ganzer Spitäler diene dem Wohl der Patientinnen und Patienten.“ Bogner-Strauß hatte der KPÖ im Juni, damals war die erste Coronawelle im Abflauen, unter anderem geantwortet, wir bräuchten nicht unbedingt Ärztinnen und Ärzte, sondern Personal, das auf Seuchenbekämpfung geschult sei. Es sei besser in die Vorsorge zu investieren als unnötige Infrastruktur vorzuhalten.

Murgg: „Warum haben wir denn den zweiten Lockdown, der viele Betriebe im Handel, in der Gastronomie, im Kulturbereich an den Rand des Bankrotts bringt? Weil die Spitalskapazitäten nicht reichen. Auch Sie, Frau Landesrätin, wissen das. Wer trotzdem behauptet es gehe nicht um Ärzte und es sei falsch Infrastruktur vorzuhalten, ist rücktrittsreif!“

Die KPÖ stellte mehrere Anträge um die Personalmissere in den Spitälern zu bekämpfen. Sie fordert die Einberufung eines Krankenhaus-Personalgipfels, eine Überarbeitung des Regionalen Strukturplanes Gesundheit um die Schließung weiterer Spitäler und Abteilungen zu verhindern und einen Stopp des Bettenabbaus. Alle Anträge wurden von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Beim Stopp zur weiteren Bettenreduktion sagten auch die Neos nein.

Bevölkerung leidet unter Zunahme des LKW-Verkehrs

Die Anrainer verschiedener steirischer Paßstraßen wünschen sich endlich energische Schritte der Verantwortlichen um den LKW-Ausweichverkehr zu unterbinden. Seit Jahren weigert sich die Landesregierung hier tätig zu werden. Verkehrslandesrat Anton Lang (SPÖ) sagt, ihm seien die Hände gebunden, es brauche eine Gesetzesnovelle. Er spielt den Ball an die Bundesregierung. Die Grüne Verkehrsministerin meint, das Land könne sehr wohl Maßnahmen ergreifen. Leidtragender des Hin und Her ist die betroffene Bevölkerung. Werner Murgg bestreitet, daß das Land selbst nicht tätig werden könne: „Herr Landesrat, warum geht das am Perchauer-Sattel? Da gibt es schon lange ein LKW-Fahrverbot. Sie wollen auf Druck der Wirtschaftskammer derartige Fahrverbote offenbar nicht verordnen.“

COVID-Krise läßt Armut und Arbeitslosigkeit steigen

Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) berichtete über die negativen Auswirkungen der COVID-Krise im sozialen Gefüge der Steiermark. Die KPÖ brachte neuerlich den Antrag ein, die Landesregierung möge Maßnahmen ergreifen, um gerade jetzt im Winter Strom- und Heizungsabschaltungen zu verhindern. Viele Familien müssen durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit mit einem deutlich geringeren Einkommen leben und haben oft Schwierigkeiten die Strom- und Heizungsrechnungen zu bezahlen. Der KPÖ-Antrag wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.



JOSEF WILHELMER

FRISCH SCHNELL TRADITIONELL

GUTSCHEIN

**1 ganzes
GRILLHENDL**

+

1 SALAT

um € 9,90

Pichlmayergasse 17, 8700 Leoben

Pulverstraße 3, 8793 Trofaiach

LCS Eingang Busbahnhof, neben Buchberger

gültig bis 31.01.2021

Militär**bündnis** PESCO ist gefährlich

Der Weg der EU zur Militärmacht

Die Verteidiger der EU reden immer wieder vom Friedensprojekt Europa und verschweigen die konkreten Schritte zur Aufrüstung in der EU. Dabei wird dieser Kurs nach dem Austritt der starken Militärmacht Großbritannien noch verstärkt.

Das jüngste Beispiel trägt den Namen PESCO, eine englische Abkürzung, und heißt soviel wie: Ständige strukturierte (militärische) Zusammenarbeit. PESCO ist das militärische Herz der EU-

Verteidigungsunion. Hinter dem PESCO-Projekt steht der Versuch, die Europäische Union zu einer militärischen Supermacht zu machen. PESCO schafft keine Sicherheit für die Menschen, sondern stellt eine konkrete Bedrohung für den Frieden dar.

Österreich nimmt an diesem PESCO-Projekt teil und die Regierung behauptet, daß dies mit der Neutralität vereinbar wäre. Die an PESCO-Projekten beteiligten Staaten sind zur Einhaltung von 20 bindenden Kriterien verpflichtet. Dazu

gehören die Steigerung der Verteidigungsbudgets und Rüstungsinvestitionen, die Beteiligung an europäischen Rüstungsprojekten und die Aufstellung europäischer Truppenverbände. Unter deutsch-französischer Führung soll ein europäischer Rüstungskomplex entstehen, der die EU zum „globalen Spieler“ in Sachen Militär machen soll. Derzeit liegt ein Bericht zur Abstimmung bereit wo sogar die Aufstockung des neuen EU-Militärbudgets gefordert wird. Jede Forderung zur Kürzung der

Verteidigungsausgaben wird abgelehnt. Auch die NATO-Mitgliedsstaaten in Europa steigern ihre Militärausgaben um 4,3 Prozent. Das bedeutet aber mehr Kriegsgefahr, auch in Europa.

Diese Tatsachen werden der österreichischen Bevölkerung zum Großteil verschwiegen und kommen in den großen Medien kaum vor. Die KPÖ weist darauf hin. Diese vielen Milliarden Euro fehlen, wenn es um wichtige Sozialausgaben oder um den Erhalt unseres Gesundheitssystems geht.

Goldankauf zu Tageshöchstpreisen

Brauchen Sie Geld und wollen Sie Ihr Gold möglichst lukrativ verkaufen? Dann sind Sie beim Pfandhaus Leoben richtig. Das Pfandhaus kauft Ihr Gold zu aktuellen Tageshöchstpreisen. Angekauft werden Altgold, Schmuck und Luxusuhren. Selbstverständlich bekommen Sie beim Pfandhaus Leoben auch eine kompetente Beratung.

**Pfandhaus
Leoben am
Waasenplatz 1,**

0660/7901036

DAS  Waasenplatz 1, 8700 Leoben
PFANDHAUS

SOFORT BARGELD!

Autopfand
Elektronikpfand
Schmuckpfand
Goldpfand



**Sie brauchen Geld?
Wir helfen Ihnen!**

**GOLD-
ANKAUF**
ZU TAGESHÖCHSTPREISEN
WIR BERATEN SIE UND
SCHÄTZEN IHR GOLD
KOSTENLOS!

WIR SUCHEN DRINGEND
LUXUSUHREN
&
SCHMUCK
ALLES AUS GOLD, SILBER & PLATIN

www.pfandhaus-leoben.at



Leopoldsteinersee: Naturjuwel vor Zerstörung bewahren!

Vom Klima- und Naturschutz ist in letzter Zeit in der Politik viel die Rede. Die Realität ist leider eine andere: In Eisenerz soll jetzt einer der letzten naturbelassenen Seen des Landes mit einem Chalet-Dorf vershandelt werden. Dafür wurde im Eisenerzer Gemeinderat mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ ein Grundsatzbeschluss gefasst. Einzig die KPÖ stimmte dagegen.

Im Landtag wird die KPÖ nun Umweltlandesrätin Ursula Lackner (SPÖ) mit diesem Thema konfrontieren und wissen, ob Lackner im Sinne der kritischen Stellungnahme der Landesverwaltung bereit ist, dem Bauvorhaben einen Riegel vorzuschieben.

„Der See ist unverbaut, naturbelassen und besticht mit natürlicher Schönheit.“ So charakterisiert das offizielle Tourismusportal der Steier-

mark den Leopoldsteinersee. Geht es nach der Mehrheit im Eisenerzer Gemeinderat und einem finanzkräftigen Investor, soll sich dieses Bild grundsätzlich ändern. Der mehrheitlich beschlossene Bebauungsplan sieht eine touristische Entwicklung des Sees vor. Das wür-

de einen tiefen und unumkehrbaren Einschnitt in das Landschaftsbild und den Naturraum bedeuten. Im Programm der steirischen Landesregierung sprechen ÖVP und SPÖ davon, „unsere einzigartige Natur in der Steiermark für die nächsten Generationen zu bewahren.“

Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Ich erwarte mir eine deutliche Absage dieses Projektes durch das Land Steiermark. Es geht darum ein Naturjuwel vor der Zerstörung zu bewahren. Hände weg vom Leopoldsteinersee!“



Verkauf oder Totalsanierung: Was bedeutet das für Mieterinnen und Mieter?

Gesetzt den Fall der Eigentümer eines Wohnhauses will dieses verkaufen oder vollständig umbauen und will einen Mieter deshalb kündigen. Welche Rechte besitzt dieser Mieter? Kann er gekündigt werden?

Egal ob der Mietvertrag befristet oder unbefristet ist, bleibt der Mietvertrag gültig. Bei einem befristeten Mietvertrag selbstverständlich nur solange, solange die Befristung läuft. Wichtig ist: Weder Sanierungen noch eine Veräußerung stellen im Regelfall einen Kündigungsgrund dar. Die Mietverträge bleiben gültig. Der Mieter kann entweder in seiner Wohnung bleiben

oder sich etwa auch einen unbefristeten Mietvertrag ablösen lassen. Auch andere Bedingungen wie eine passende, gleichwertige Ersatzwohnung, Organisation und Finanzierung der Übersiedlung sind denkbar. Daher ist es wichtig, sich in solchen Situationen an eine Mieterberatungsstelle zu wenden und vor allem vorher nichts zu unterschreiben.

Wenn der Vermieter gegenüber dem Mieter Eigenbedarf anmeldet und den Mieter deshalb kündigen will, geht das nur, wenn der Vermieter tatsächlich nachweisen kann, daß er sein eigenes Wohnbedürfnis nicht anders befriedigen kann.

Was uns ein- und auffällt...

...daß den Ländern der EU Jahr für Jahr auf Grund seriöser Schätzungen **50 bis 70 Milliarden Euro** an Steuereinnahmen entgehen, weil Großunternehmen ihre Gewinne in Steueroasen verschieben, während die Regierungen Lohnsteuerpflichtige und Kleinunternehmer die Zeche zahlen lassen.

...daß fast alle steirischen Gemeinden bald kein ausgeglichenes Budget mehr erstellen können, weil die ihnen zustehenden Einnahmen aus Bundessteuern immer geringer werden. Statt den Hilferuf der Gemeinden zu erhören, schnüren SPÖ, ÖVP, FPÖ, Neos und Grüne im Landtag

für unsere Kommunen ein neues, **10 Millionen Euro schweres Belastungspaket**, indem sie die Beiträge, welche die Gemeinden für ihre pensionierten Mitarbeiter zahlen müssen, deutlich erhöhen.

...daß der Grüne Gesundheitsminister Anschober schön langsam mit der Wahrheit heraus kommt, was von der Leistungsangleichung für die Versicherten durch die Zusammenlegung der Krankenkassen zu halten ist. Auf eine parlamentarische Anfrage bestätigte er, daß die Angleichung wohl **eine Nivellierung nach unten** sein werde.

MEINUNG

Kein Zirkuspferd?

SPÖ-Finanzstadtrat Peter Marschnig regt sich in einer Aussendung darüber auf, daß ich im Zusammenhang mit dem Nachtragsvoranschlag weder im Prüfungsausschuß noch im Finanzausschuß Fragen stellte. Trotzdem würde ich den Nachtragsvoranschlag als intransparent kritisieren. Ich selbst bin nicht Mitglied des Prüfungsausschusses, nehme aber seit vielen Jahren trotzdem an diesen Sitzungen teil, um auch vom Finanzdirektor Auskünfte über Mehrausgaben, für die es keine Gemeinderatsbeschlüsse gab, zu erfahren. Es geht hier oft um Überschreitungen je Ausgabe von mehreren tausend Euro. Was habe ich mir da alles in den letzten Jahren anhören können: Antworten vom Finanzdirektor wie „ich bin doch kein Zir-

kuspferd“ oder „ob hier für einen Bleistift mehr oder weniger ausgegeben wurde, ist mir völlig Blunzn!“ mußte ich zur Kenntnis nehmen.

Aber auch die Antworten von SPÖ-Finanzstadtrat Peter Marschnig betreffend außerplanmäßige Mehrausgaben zeugten nicht gerade von Vertraulichkeit mit dem Gemeindebudget: Wortmeldungen wie „das könnte Dieses es oder Jenes sein“, stimmten bei nachträglicher Prüfung der Ausgabe dann mit dem von ihm behaupteten „Diesem oder Jenem“ leider doch nicht überein! Fragen nicht ernst zu nehmen und sich dann öffentlich darüber zu beschweren, daß keine Fragen gestellt wurden, kann wohl nur dem Kollegen Marschnig einfallen.

Gabi Leitenbauer

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

6 Millionen für Ausbau des Bauhofs?

J A N E I N

Ich bin für den Ausbau.

Weitere Vorschläge und Meinungen

Name:

Adresse:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

TROFAIACHER NACHRICHTEN

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

UMFRAGE

6 Millionen für Ausbau des Bauhofs?

Trofaiach plant den Um- und Ausbau des Bauhofes. In der Dezembersitzung des Gemeinderates soll dafür ein Beschluß gefaßt werden. Als Kostenrahmen sind sechs

Millionen Euro vorgesehen. Viele fragen sich, ob in Zeiten klammer Kassen diese Ausgabe vertretbar ist und ob nicht eine billigere Teillösung zu bevorzugen wäre.

Wir bedanken uns für Ihr Vertrauen in diesem Jahr und hoffen, dass Sie auch heuer in dieser herausfordernden Zeit ein schönes Weihnachtsfest mit Ihren Lieben feiern können.

Für das neue Jahr wünschen wir Ihnen viel Gesundheit, Glück und Erfolg.



Markus Letonja
Ihr Immobilienfachberater
s REAL Leoben
M +43 664 8385998
markus.letonja@sreal.at
www.sreal.at

REAL
Immobilien



Waldgrundstück in Palfau

Region „Eisenwurzten“: Die Waldparzellen liegen in der Gemeinde Landl, Ortsteil Palfau, Ortsteil Obere Palfau an den südöstlichen Ausläufern des Gamssteinmassivs in den Ybbstaler Alpen. Der Wald besteht überwiegend aus Alt- und Baumhölzern, Stangenhölzern, Dickungen und schütterere Stellen, aber auch neu aufgeforstete Flächen sind vorhanden. Die Bestände sind überwiegend aus Fichte und Buche aufgebaut. Einzelne Lärchen und Ahorn sind eingesprengt. Das Alter der Bäume liegt zwischen 5 und 190 Jahre. In zentraler Lage entspringt eine eigene Quelle. Die Waldflächen werden durch eine Forststraße, insbesondere im oberen Teil, gut erschlossen. Die Abfuhr erfolgt über fremde Forststraßensysteme unter Entrichtung einer Rollgebühren. Die gesamte Grundstücksfläche beträgt 149.436 m². Kurzfristige Holzernträge wäre sofort zu realisieren!

KP: € 276.450,- (1,85,-/m²)



Büro und Produktionshallen in Trofaiach-Edling

Der ideale Firmenstandort (Produktionsbetrieb-Werkstatt) ist für viele Branchen geeignet. Die bereits bestehende Infrastruktur und die Nähe zum Autobahnknoten St. Michael bieten Ihnen für Ihr Unternehmen die ideale Möglichkeit, sich im Herzen der Steiermark anzusiedeln und Ihre Geschäftsidee zu verwirklichen. Das ebene Grundstück hat eine Fläche von 8.744 m². Die Liegenschaft besteht aus einem Bürogebäude mit 345,40 m² Nutzfläche plus Keller mit 95,3 m² Nutzfläche. Die Lager/Produktionshallen haben eine Nutzfläche von 852,59 m² + 227 m² Außenlager und Flugdächer. Das Nebengebäude beherbergt 3 Garagen mit einer Gesamtfläche von 126 m² und einen überdachten Abstellbereich mit 148 m² Nutzfläche. Der Vorplatz ist asphaltiert, Parkplätze sind vorhanden. Die Beheizung erfolgt mittels einer Öl-Zentralheizung.

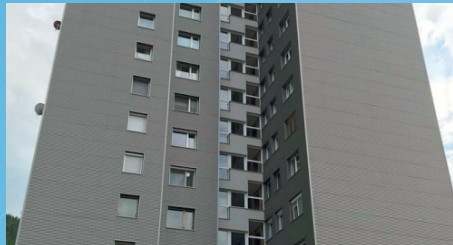
HWB (Bürogebäude): 169,19 kWh/m²a; HWB (sonstige Gebäude): 188,83 kWh/m²a; Gesamtmiete: € 8.500,-



3-Zimmer-Wohnung in St. Michael

Die gepflegte Wohnung befindet sich im 3. Stockwerk (ohne Lift) eines Wohnhauses in ruhiger Waldrandlage in St. Michael. Durch die Süd-/West-Ausrichtung ist die Wohnung sonnig und hell. Die Wohnnutzfläche beträgt 83,92 m² plus 6,39 m² Loggia und ist perfekt und großzügig eingeteilt. Die Liegenschaft wird mittels E-Nachtspeicher + Infrarotheizung beheizt. Zur Wohnung gehören ein Kellerabteil und eine Garage. Die Liegenschaft kann mit Februar 2021 übernommen werden.

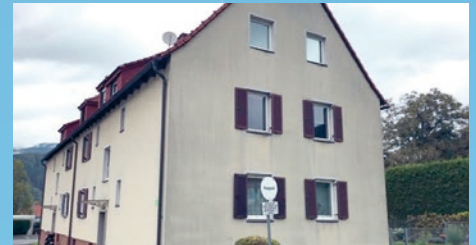
**HWB: 83,02 kWh/m²a
KP: € 105.000,-; BK: € 175,11**



Top gepflegte Eigentumswohnung in Leoben-Donawitz

Die toll eingeteilte 3- bzw. 4-Zimmer-Wohnung befindet sich im 8. Liftstock und verfügt über eine Nutzfläche von 95,61 m² sowie eine Loggia mit 7,24 m². Durch die südliche Ausrichtung ist die Wohnung sonnig und hell. Das Haus wurde 1971 errichtet, 2017 wurde eine thermische Sanierung an Außenfassade, Fenster und Dach durchgeführt. Die Wohnung selbst wurde 2016-2017 saniert und befindet sich in sehr gutem Zustand. Das Sanierungsdarlehen in Höhe von € 33.794,30,- ist im Kaufpreis bereits inkludiert und kann vom Käufer übernommen werden. Dadurch verringert sich der Barkaufpreis auf € 109.000,-.

HWB: 35,36 kWh/m²a, KP: € 142.794,30,- inkl. Sanierungsdarlehen bzw. € 109.000,- Barkaufpreis plus Darlehensübernahme



Sanierte Wohnung in Niklasdorf

Die Wohnung mit einer Nutzfläche von 42,2 m² befindet sich im Dachgeschoss eines kleinen Mehrparteienhauses mit nur 6 Wohneinheiten. Das Wohnhaus wurde 1938 in Ziegelmasivbauweise errichtet und bereits thermisch saniert. Die Wohnung selbst befindet sich in einem sehr guten Allgemeinzustand. Die Beheizung erfolgt mittels Gas-Zentralheizung. Ideal ist die Liegenschaft als Start-/Ferienwohnung; aufgrund der niedrigen BK von € 104,50 inkl. Rücklage ist sie aber auch als Wertanlage geeignet.

**HWB: 108,2 kWh/m²a
KP: € 57.500,-**



Geschäftslokal in Leoben-Judendorf

Das Geschäftslokal / Büro mit einer Nutzfläche von 193 m² befindet sich im Erdgeschoss eines im Jahrhundertwende errichteten Eckzinshauses. Durch die Größe ist das Geschäftslokal für viele Branchen geeignet. Eine Teilung mit separatem Eingang ist möglich.

Bei Bedarf steht ein kompletter Keller als Lagerräumlichkeiten zur Verfügung. Das Gebäude wurde 1987 generalsaniert und im Sommer 2017 wurden Sanierungsarbeiten der Fassade und Allgemeinflächen durchgeführt. Das Objekt befindet sich in bevorzugter Wohnlage im Stadtteil Judendorf.

**HWB: 149,5 kWh/m²a
Gesamtmiete: € 1.197,60 inkl. BK und MwSt.**

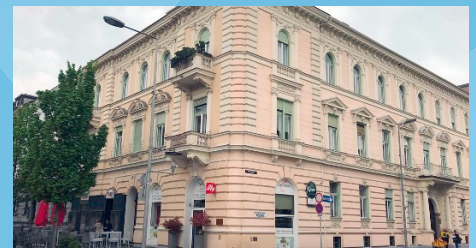


Markus Letonja
Immobilienfachberater
T +43 5 0100 6 - 26439
markus.letonja@sreal.at

Profitieren Sie von unseren vielen Vermarktungsmöglichkeiten. Ich verkaufe Ihre Immobilie schnell und zum besten Preis!



www.sreal.at



Altbau-Mietwohnung in Leoben-Stadt

Diese großzügige Altbauwohnung befindet sich in zentraler Lage in Leoben-Stadt. Die Wohnung eignet sich auch als Büro oder Ordination. Die Liegenschaft hat eine Nutzfläche von 137,25 m² und befindet sich im 2. Stockwerk (mit Treppenlift) eines sehr gepflegten Stadthauses. Das Bad wurde komplett saniert und die Böden im Vorraum und Küche erneuert. Die perfekte Raumeinteilung, die hohen Räume mit den schönen Parkettböden und neuen Innentüren wirken edel und bieten eine angenehme Atmosphäre.

**HWB: 150,15 kWh/m²a
Gesamtmiete: € 1.187,19**

Corona-Krise: Wir brauchen den Zusammenhalt gegen das große Geld

In der Coronakrise haben die Werbesprüche von Banken und großen Konzernen wie Aufrufe einer fortschrittlichen Bewegung geklungen. Man hätte meinen können, daß die Gegensätze in der Gesellschaft verschwunden wären. In Wahrheit hat sich der Gegensatz zwischen Arm und Reich verschärft.

Wenn wir nicht gemeinsam für unsere Interessen eintreten, wird es zu einer gewaltigen Umverteilung von unten nach oben kommen. „Mit.Einander die Krise meistern“. Das ist nicht die Forderung einer fortschrittlichen Partei in Coronazeiten. Das war der Werbespruch einer großen Bank in Österreich. Während der Coronakrise konnte man meinen, daß bei uns die Zeit der Gemeinsamkeiten und des sozialen Ausgleichs angebrochen wäre. Nach und nach kommt aber ans Tageslicht, wie die reale Spaltung unserer Gesellschaft ausschaut. Und es wird offenbar, daß sich die Spaltung vertieft. Wie zu Kriegszeiten weicht die anfängliche Illusion einer Volksgemeinschaft, bei der alle an einem Strang ziehen würden, der Ernüchterung.

Prekär Beschäftigte

Der Corona-Cluster beim Postverteilungszentrum in der Nähe von Wien hat aufgezeigt, unter welchen unzumutbaren Bedingungen jene Beschäftigten arbeiten und leben müssen, die über Zeitverträge für den Paketdienst der Post tätig sind. Während Firmen wie Amazon und auch die Post wegen der Bedingungen in der ersten Phase der Coronakrise ihren Umsatz und ihren Profit deutlich steigern konnten, hat man auf die Lage dieser Menschen keine Rücksicht genommen. Kein Wunder, daß es in beengten Verhältnissen auch zu Ansteckungen gekommen ist. Genauso war es bei den Flei-

schereibetrieben, wo spektakuläre Fälle in Deutschland und auch in Niederösterreich bewiesen haben, daß der Konkurrenzkampf um das billigste Schnitzel mit einer brutalen Ausbeutung der Beschäftigten einhergeht. Sie müssen in unzumutbaren Unterkünften leben, bei einem Ausbruch der Virusinfektionen werden sie und nicht die Unternehmer an den Pranger gestellt.

Wer wird gestärkt?

Corona macht unsere Gesellschaft nicht einiger, die Entwicklung zeigt immer deutlicher auf, wo bei uns oben und unten ist. Die großen Handelskonzerne haben in diesen Krisenzeiten ein gutes Geschäft gemacht. Trotzdem weigern sie sich, die ursprünglich

von der KPÖ aufgestellte und von der Gewerkschaft übernommene Forderung nach bezahlten Pausen für Beschäftigte, die Schutzmasken tragen müssen zu erfüllen. Und so geht es in vielen Bereichen zu. Wir haben Rekordzahlen an Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Die Krise ist für Konzerne und Unternehmer ein guter Vorwand, um lang geplante Maßnahmen umzusetzen, die große Belastungen für die arbeitenden Menschen bringen. Dabei nimmt man den Zusammenbruch kleiner Betriebe und auch von Konkurrenten auf dem Markt als gegeben an. Die Beispiele Swarovski, Voestalpine, RHI-Magnesita oder ATB Spielberg zeigen das deutlich. Zu Beginn der Krise hat es Nationalbank-Gouverneur Holzmann (FPÖ) ausgesprochen. In einem Interview sagte er wörtlich: „Jede Wirtschaftskrise ist auch eine Reinigung. Sie kennen sicher Joseph Schumpeter und seine Theorie der schöpferischen Zerstörung....Man kann eine Krise

auch dazu nutzen, gestärkt daraus hervorzugehen.“

Genau das haben die Mächtigen vor. Die Regierung soll die sozialen Folgen eines massiven Arbeitsplatzabbaus abfedern. Man hat aber vor allem ein Ziel: Die Rendite muß so hoch bleiben, daß die Anleger zufrieden sind.

Daß Banken in diesen Zeiten auf ihren Plakaten und Werbespots wie die Verkünder einer Volksgemeinschaft oder wie soziale Wohltäter auftreten, ist dabei nur mehr eine bittere Ironie. Wenn wir – die Mehrheit der Bevölkerung – wirklich miteinander die Krise meistern wollen, dann brauchen wir den Zusammenhalt der arbeitenden Menschen gegen die oben geschilderten Pläne. Wir wollen gestärkt aus der Krise hervorgehen. Deshalb müssen wir Macht und Einfluß des großen Geldes zurückdrängen. Dafür müssen wir gemeinsam handeln. Die KPÖ ist dazu bereit.

Franz Stephan Parteder
(gekürzt)



Protest in der Steiermark gab es bei der ATB Spielberg gegen den Kahlschlag bei heimischen Arbeitsplätzen.

„Freiwillig“ gekündigt

Jetzt steht die Familie ohne Hauptmietvertrag da

Achtung vor falschen Behauptungen von Vermieterseite. Niemand kann gezwungen werden, einen Hauptmietvertrag aufzugeben.

„Aus gegebenem Anlaß erlauben wir uns, Sie darüber zu informieren, dass der Eigentümer sich entschlossen hat, das Zinshaus aufzugeben.“ Mit diesen

Worten beginnt ein Brief, der Ende des Vorjahres an die Mieterinnen und Mieter eines Wohnhauses übermittelt wurde.

Man unterbreite den Bewohnerinnen und Bewohnern ein einmaliges Angebot, das allerdings nur wenige Tage gültig sei: Würden sie der einvernehmlichen Auflösung des Mietvertrages bis Ende 2020 zustimmen,

würde ihnen die Vermieterin bis dahin den Hauptmietzins erlassen. Lediglich die Betriebskosten würden verrechnet. Bei der Suche von Ersatzunterkünften würde man selbstverständlich behilflich sein.

Frau K., die seit sieben Jahren mit ihren – mittlerweile vier – Kindern eine schöne und für sie leistbare 4-Zimmer-Wohnung bewohnt, sah sich unter Zugzwang, obwohl sie einen unbefristeten Hauptmietvertrag für die 100m²-Wohnung hatte, und unterschrieb. Die kurze Frist, die für die Zustimmung zu diesem „Angebot“ eingeräumt wurde, hat sicherlich zu dieser Entscheidung beigetragen und verhindert, dass Frau K. eine fundierte Rechtsauskunft eingeholt hat.

Nach der Unterschriftsleistung hat sie von Vermieterseite aber nichts mehr gehört, geschweige denn, daß vom Bemühen, „adäquate Ersatzunterkünfte anzubieten“, etwas zu bemerken gewesen wäre.

Hauptmiete: Ein starkes Recht

Was Frau K. nicht wusste: Ein unbefristeter Hauptmietvertrag ist ein starkes Recht. *„Niemand kann gegen seinen Willen gezwungen werden, eine Hauptmietwohnung aufzugeben. Durch die schriftliche Auflösung des Mietverhältnisses hat die Alleinerziehlerin allerdings ihr Recht verwirkt“*, sagt KPÖ-Stadtrat Werner Murgg.

Unser Rat: Niemals voreilig unklare Vereinbarungen unterschreiben, sondern lieber erst nachfragen, zum Beispiel bei der Mieterberatung der KPÖ: 03842 / 22 6 70.



Mietrecht: Haben Sie keine Scheu, um Rat zu fragen!



Ihr Recht als Konsument

Ihr Schutz vor faulen Tricks im Geschäftsleben, Fallen im Internet und Reiseärger. Wenn Sie sich über den Tisch gezogen fühlen oder Fragen zu Konsumentenrechten, Betriebskostenabrechnungen, Gewährleistungen und Kontogebühren haben – wir beraten Sie gerne.

WIR SCHÜTZEN
KONSUMENTEN
VOR FAULEN
TRICKS.

AK-Hotline ☎ 05 7799-0
AK. Gerechtigkeit muss sein.

AK 
www.akstmk.at



KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



**Die KPÖ Leoben bietet
Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.**

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich
unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

Geht etwas weiter in der Pflege?

Das Thema Pflege beschäftigt die Menschen wie kaum ein anderes. „Rund um den Schwammerlturm“ bietet einen Überblick über die Neuerungen:

Wann fällt endlich der Regress bei mobiler Pflege?

Nach langem und zähem Ringen wurde 2018 der Vermögensregreß bei der Pflege in Heimen abgeschafft. Bei der mobilen Pflege gibt es

ihn jedoch noch immer.

Das schreckt viele Menschen ab, mobile Pflege in Anspruch zu nehmen. Es kommt sogar vor, daß manche – nach Beratung – ihre Anträge auf Kostenübernahme der mobilen Pflege wieder zurückziehen. Die Konsequenz: Die pflege- und betreuungsbedürftige Person wird im für die öffentliche Hand deutlich teureren Pflegeheim untergebracht.

Daß die Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben können, ist für die KPÖ beim



FOTO: SABINE VAN ERP, PIXAVRAY

Thema Pflege einer der wichtigsten Aspekte. Oftmals sind sie jedoch aus finanziellen Gründen gezwungen,

in ein Heim zu gehen, weil sie sich das tägliche Leben nicht mehr leisten können, wenn sie mobile Pflege voll bezahlen müssen. Deshalb muß auch der Regreß für die mobile Pflege dringend abgeschafft werden.

Jetzt gäbe es mit der vorliegenden Novelle des Sozialunterstützungsgesetzes (SUG) die Möglichkeit, den Vermögensregreß auch im Bereich der mobilen Pflege in der Steiermark abzuschaffen. Doch im vorliegenden Entwurf soll er beibehalten werden. „Es ist völlig unverständlich, daß ÖVP und SPÖ an dieser ungerechten und unsinnigen Regelung festhalten“, meint KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg.

Dauerbrenner Pflegegeld: Gibt es hier Änderungen?

Eine wichtige Änderung beim Pflegegeld ist mit 1. August in Kraft getreten. Die Hilfe für Duschen und Baden wird seither um sechs Stunden höher bewertet als bisher. Wer bei der letzten Einstufung eine Pflegestufe um eine oder maximal sechs Betreuungsstunden nicht erreicht hat, sollte einen neuerlichen Antrag stellen. Dabei ist aber eine Frist einzuhalten: Zwischen dem Datum des letzten Bescheids und dem neuem Antrag müssen in Summe zumindest 15 Monate liegen, wenn es in der Zwischenzeit keine wesentliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes gegeben hat.

JAHRBACHER

SCHMUCK UND EDELMETALLE

Der Name Jahrbacher steht für jahrzehntelange Erfahrung im Edelmetallhandel.

Der persönliche Kontakt zu unseren Kunden steht für uns im Vordergrund, sowie die gewissenhafte und ehrliche Schätzung Ihrer „Goldstücke“.

Die kostenlose und unverbindliche Schätzung gibt uns auch die Möglichkeit Ihnen genauere Informationen rund um den Goldhandel mitzugeben.



Foto: Lisa-Marie Jahrbacher

Öffnungszeiten:

Montag- Freitag: 9 bis 15 Uhr

Kontakt:

Kirchgasse 14, 8700 Leoben

0664 / 33 82 716

office@jahrbacher.at
www.jahrbacher.com

www.sreal.at

Haus oder Wohnung entspannt verkaufen?

**Klar, mit s REAL Garantie
Wir verkaufen Ihre Immobilie mit
s REAL Garantie**

 **s REAL**
Immobilien

Informieren Sie sich bei unserem Beratungsgespräch zum Immobilienverkauf. Ihr Immobilienberater in Ihrer Region Leoben

Markus Letonja
Mobil: 0664/838 59 98,
mail: markus.letonja@sreal.at



